

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 18. November 2011

Betreuungsgeld: LandFrauen gegen „Herdprämie“

Nur ein ausreichendes Angebot bei der Kinderbetreuung garantiert Wahlfreiheit / Hohe Börde in Sachsen-Anhalt zeigt, wie es gehen kann

„Wenn vor Ort Kitaplätze fehlen, gibt es nichts zum Auswählen. Es sei denn, gemeint ist die Entscheidung, ob Mutter oder Vater zu Hause bleibt. Wahlfreiheit sieht anders aus“, kommentiert Brigitte Scherb, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes, das Vorhaben der Regierung, ein Betreuungsgeld für Kinder zu zahlen, die nicht in einer Kita betreut werden. Der Koalitionsvertrag von 2009 versprach Eltern, frei entscheiden zu können, wie ihre Kleinkinder betreut werden sollen. „Vielen Eltern wird das verwehrt“, betont Scherb. Denn nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes fehlen noch über 230.000 Betreuungsplätze (von den angestrebten 750.000), in erster Linie in den alten Bundesländern.

Zukunftsorientierte Kommunen zeigen, dass es möglich ist, den Betreuungswünschen von Eltern in vollem Umfang gerecht zu werden. Ein Beispiel dafür ist die Gemeinde Hohe Börde in Sachsen-Anhalt. Fast 20.000 Menschen leben in Hohe Börde, 800 Kitaplätze sind verfügbar. LandFrau Steffi Trittel ist dort Bürgermeisterin. „Unsere Gemeinde hat dafür gesorgt, dass ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen, denn nur dann hat unsere Kommune eine Zukunft“, sagt sie.

Das geplante Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro für Eltern, die keinen Krippenplatz oder Kindertagesstätte für ihr Kind in Anspruch nehmen, nütze den erwerbstätigen Frauen wenig, betont dlv-Präsidentin Brigitte Scherb. Viele, gerade gut qualifizierte Frauen, wollten schnell in ihren Beruf zurück, müssten sich aber stattdessen erst einmal in die Kita-Warteliste eintragen. „Was das für die Gesellschaft und den ländlichen Raum bedeutet, ist bekannt: Die jungen Familien ziehen weg, die ländlichen Räume bluten aus“, sagt Scherb. Und sie fordert: „Anstatt das Betreuungsgeld im „Gießkannenprinzip“ auszuzahlen, sollten die Mittel für Verbesserung der Kinderbetreuung und Bildung verwendet werden“. Bund, Länder und Kommunen müssten endlich dafür sorgen, dass wenigstens die angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent flächendeckend erreicht werde.

Pressekontakt:

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)
Ursula Zimmermann
Tel: 030-2844 92914
zimmermann@landfrauen.info